



Wir, Fachanwältinnen, Fachanwältinnen und RechtsberaterInnen im Asyl- und Ausländerrecht, sind seit Jahren auf diesem Gebiet im Kanton Zürich tätig. Wir fühlen uns mit den Besetzerinnen und Besetzern der Predigerkirche solidarisch.

Seit Jahren erleben wir, dass der Begriff «Härtefall» für das Zürcher Migrationsamt und den Regierungsrat ein Fremdwort ist. Die Zürcher Behörden weigern sich faktisch, die entsprechenden Bestimmungen im Asyl- und Ausländergesetz anzuwenden. Unnachgiebige Härte charakterisiert ihren Umgang mit Menschen, die seit Jahren in der Schweiz leben, sich nichts haben zu schulden kommen lassen und hier bleiben möchten. In dieser rigiden Haltung gegenüber Menschen ohne Schweizer Pass ist der Kanton Zürich schweizweit unrühmlicher Spitzenreiter. Dies ist für unseren multikulturellen Kanton, der sich für seine Weltoffenheit rühmt, beschämend.

Zahlreiche Gespräche mit Regierungsrat Hollenstein zur Änderung der Praxis haben bisher keinerlei Wirkung gezeigt. Der Widerstand der Besetzerinnen und Besetzer gegen die Missachtung berechtigter Forderungen ist die zwingende Folge. Wir teilen die Wut und das Unverständnis der Besetzerinnen und Besetzer der Predigerkirche gegenüber der Rechtsverweigerung der Zürcher Behörden! Die Politik der Härte ist realitätsfremd. Sie löst kein Problem, sondern macht dieses nur grösser: immer mehr ImmigrantInnen werden so zu Sans Papiers.

Wir fordern Regierungsrat Hollenstein und die gesamte Regierung des Kantons Zürich auf, ihre Verantwortung endlich wahrzunehmen und mehrjährig anwesenden Menschen ohne Schweizer Pass ein Bleiberecht zu gewähren.

Manifest der Sans-Papiers in der Predigerkirche Zürich

«Nun aber bleiben Glaube, Hoffnung, Liebe, diese drei;
am grössten jedoch unter ihnen ist die Liebe.»

1. Korintherbrief des Paulus

Wir, die Sans-Papiers in der Predigerkirche, sind aus verschiedenen Gründen in die Schweiz gekommen. Einige wegen politischer oder religiöser Verfolgung im Heimatland, Einige wegen Bürgerkrieg oder einer Situation allgemeiner Gewalt, Einige wegen Misswirtschaft und bitterer Armut in der Heimat. Gemeinsam aber ist uns allen, dass wir auf dem Weg hierher von der Hoffnung auf ein besseres Leben angetrieben worden sind.

Die Kraft zu hoffen ist die beste Eigenschaft des Menschen. Hoffnung ist das Lebenselixier des Einzelnen und der Gesellschaft, der Garant des Fortschritts, die Triebfeder hinter jeder fruchtbaren Tätigkeit und hinter jeder nutzbringenden Errungenschaft. Die Schweizer Regierung aber scheint wenig von dieser menschlichsten aller menschlichen Eigenschaften zu halten, denn sie hat ein ausgeklügeltes System entwickelt, um uns die Hoffnung auszutreiben. Der Kanton Zürich hat dieses System eifrig und perfide ausgebaut.

Die Behörden verweigern uns nicht nur Hilfe, sie verunmöglichen uns auch, uns selber zu helfen. Uns ist es verboten, zu arbeiten; wir werden

konsequent an den Rand der Gesellschaft gedrängt und systematisch schikaniert, um zu verhindern, dass wir uns integrieren oder uns weiterbilden können. Uns wird keine Perspektive belassen und unsere persönlichen Freiräume sind so weit eingeschränkt, dass wir unmöglich eine Beziehung aufnehmen oder eine Familie gründen können. Den einzigen Ausweg, den die Schweiz uns offen lässt – die Rückkehr – wird uns durch unsere Heimatländer verbaut. Dort droht im besten Falle eine noch grössere Hoffnungslosigkeit, meistens aber eine Verhaftung oder willkürliche Gewalt.

Wären wir eingewanderte Braunbären, so würde man das System, das gegen uns angewandt wird, offen eine «Vergraulungstaktik» nennen. Da wir aber Menschen sind, trägt die systematische Schikane gegen uns den zynische Namen «Nothilfe». Trotz der irreführenden Bezeichnung ist das Ziel dieses Systems aber eindeutig: Unsere Hoffnung auf ein besseres Leben soll ausgemerzt werden.

Welch ein niederträchtiges und zugleich aussichtsloses Unterfangen ist die Ausmerzungen der Hoffnung! Die Hoffnung ist nicht bloss die

beste, sie ist auch die zähste Eigenschaft des Menschen. Sie zu zerstören ist schlicht unmöglich. Wäre es anders, so hätte die Menschheit längst aufgehört zu Existieren.

Die Vergraulungstaktik des Staates bleibt aber nicht wirkungslos: Die Menschen, die davon betroffen sind, werden krank und kalt. Ihr Glaube und ihre Liebe gehen zum Teufel in der endlosen Agonie, die ihnen aufgezwungen wird. Die Hoffnung aber, die bleibt zäh und unverwundlich.

Eine Politik, deren Ziel die Zerstörung der Hoffnung ist, kann zu nichts Gutem führen, sie ist zum Scheitern verurteilt.

Nun, da ein neues Jahr begonnen hat und viele Menschen neue Hoffnung schöpfen, verlangen auch wir das Recht auf Hoffnung zurück. Wir wollen von den Behörden nicht durchgefüttert werden, wir wollen das Recht zurück, aus eigener Kraft unsere Hoffnungen verwirklichen zu dürfen. Deshalb fordern wir das Recht zu bleiben und das Recht, Arbeit suchen zu dürfen.

Die Sans-Papiers der Predigerkirche

Die Gründe

Im Wissen, dass sich die Rolle der Kirche nicht darauf beschränkt, die frohe Botschaft zu predigen, sondern auch jene Personen zu schützen, die am verletzlichsten sind. Aus dieser Optik heraus haben wir Sans-Papiers uns für die Besetzung der Kirche entschieden, damit die Kirche die Rolle der Vermittlerin zwischen uns und den kantonalen Behörden spielen kann. Trotzdem haben diese noch nicht auf unser Ansinnen reagiert.

Für uns ist die Kirche ein zweckmässiger Weg, auf dem wir zu einer guten und gemeinsamen Lösung zwischen uns – den Sans-Papiers – und der kantonalen Verwaltung finden wollen.

Einst war die Kirche wie ein Asyl für alle Personen, die sich in irgendeiner Weise bedroht fühlten.

Für uns ist die Kirche auch eine Möglichkeit, einer breiten Öffentlichkeit zu vermitteln, wer wir sind und dass es uns tatsächlich auch im Kanton Zürich gibt. Dies alles im Bewusstsein, dass die Kirche apolitisch ist - und schon gar nicht politische Macht ausübt, aber dass sie ein Bindeglied kann zwischen uns, den Sans-Papiers und den Behörden.

Durch die Besetzung verlangen wir von den Behörden, dass sie die Situationen in unseren jeweiligen Herkunftsländern bei ihren Entscheidungen berücksichtigt.

LUKOKI LUC, PFARRER
DEM.REP. KONGO

«Am Sonntag kann ich nichts essen»

Dani Stern. **Aus Angst um ihr Leben flog Bella aus Angola nach Europa. Sie lebt nun in einem Container in Adliswil und erhält wöchentlich sechs Migros-Gutscheine im Wert von zehn Franken. Ihr Wunsch: So zu leben, wie die anderen.**

«Ich bin Bella Dacosta, 28 Jahre alt und stamme aus Angola. Ich kam vor neun Jahren nach Europa, nachdem meine Eltern ermordet wurden. Zwar war damals in Angola der Krieg bereits vorbei, aber dennoch wurden weiterhin Leute ermordet. Mein Vater war Aktivist in der Unita-Partei. Ich ging zu dieser Zeit im Kongo in die Schule. Nach dem Tod meiner Eltern bin ich nach Angola an das Begräbnis gereist. Danach wollte ich bloss weg. Ich hatte Angst, selber auch umgebracht zu werden. Ich flog nach Rom, wo ich jedoch niemanden kannte. Auf dem Bahnhof von Rom sprach mich ein Mann an, der mir Arbeit versprach. Er wollte, dass ich mich prostituieren. Das wollte ich nicht. Ich reiste in die Schweiz weiter. Hier meldete ich mich in Kreuzlingen bei der Empfangsstelle für Flüchtlinge und beantragte Asyl. Man schickte mich nach Bülach ins Durchgangszentrum und später nach Fällanden. Mein Asylgesuch wurde nach vier Jahren abgelehnt, ebenso der Rekurs dagegen. In Angola ist jetzt Frieden, war die Begründung. Das stimmt nicht. Das Morden geht weiter. Ich habe Angst, zurückzukehren, ich habe Angst vor den Leuten, die meine Eltern getötet haben.

Kein Geld für den Zug

Nach der endgültigen Ablehnung meines Asylgesuches kam ich ins Gefängnis. Zuerst sass ich sechs Tage im Polizeigefängnis bei der Kaserne, danach wurde ich ins Ausschaffungsgefängnis beim Flughafen verlegt. Nach drei Monaten kam eine Aufseherin und legte mir ein Papier vor, das ich unterschreiben musste. Sie sagte mir: «Bella, du bist frei. Aber du musst jetzt die Schweiz verlassen». Daraufhin konnte ich gehen.

Ich lebe jetzt im Nothilfezentrum Adliswil, ich teile mit drei anderen einen Container. Pro Tag bekomme ich für zehn Franken Migros-Gutscheine – sechs Tage in der Woche. Am Sonntag muss ich offenbar nichts essen, findet das Migrationsamt. Von den Migros-Gutscheinen muss ich leben. Einige Leute bekommen manchmal noch zusätzlich drei Franken, wenn sie das Nothilfezentrum putzen. Ich sitze meistens in unserem Container rum. Was soll ich sonst schon tun? Ich kann ja auch nicht mit dem Zug irgendwo hin fahren. Dafür fehlt mir das Geld. Besuch darf nur zwischen neun Uhr morgens und sieben Uhr abends kommen. Ich habe hier in der Schweiz bis jetzt vor allem andere Asylsuchende kennengelernt. Schweizer Freundinnen und Freunde habe ich fast



keine gefunden. Wenn ich mich in der Öffentlichkeit aufhalte, würde man mich schnell verhaften. Viele Freunde von mir sind schon mehrmals einfach für ein paar Tage von der Polizei inhaftiert worden. Ich habe ja gar keinen Ausweis, nur eine Fotokopie des Durchgangszentrums, mit meinem Foto und meinem Namen.

«Dann durfte ich nicht mehr»

Alles, was ich will, ist einen normalen Ausweis und eine Arbeit. Ich möchte einen Beruf lernen. Ich würde sehr gerne Menschen in einem Altersheim pflegen. Bis vor zwei Jahren durfte ich wenigstens noch bei den Beschäftigungsprogrammen der Asylorganisation

mitmachen. Ich habe beim Velogate gearbeitet, fünf Tage die Woche, von Montag bis Freitag und dabei hundert Franken im Monat verdient. Ich fand das gut. Ich will so leben wie die anderen. Ich will am Tag arbeiten. Doch dann durfte ich plötzlich nicht mehr, wegen dem neuen Asylgesetz.

Von der Kirchenbesetzung habe ich im Kasama erfahren. Das ist ein Ort, wo sich viele Flüchtlinge immer am Dienstagmittag treffen. Wir können dort unsere Migros-Gutscheine in Bargeld umtauschen, bekommen zu essen und können mit einander reden. Für mich ist das Kasama sehr wichtig. Ohne den Umtausch der Migros-Gutscheine könnte ich überhaupt nicht reisen und andere Leute besuchen.»

Es drohen Jahre Äthiopisches Gefängnis

Berhanu Tesfaye. **In Äthiopien selbst einst ein hoher Beamter, der für den Staat gearbeitet hat. Nun fürchtet er sich vor dessen Willkür und möchte hier ausharren, bis sich die Situation in Äthiopien bessert.**

«Mein Name ist Berhanu, ich bin Äthiopier und lebe seit Januar 2000 in Zürich. Ich bin fünfzig Jahre alt besitze einen Bachelor in Agrar-Ökonomie und einen Master in Entwicklungs-Wissenschaften. Ich möchte beschreiben, weshalb ich ein Asylsuchender geworden bin: Ich habe in Äthiopien als höherer Beamter in der Regionalverwaltung von Gambella im Südwesten des Landes gearbeitet. Meine Aufgabe war es, zu kontrollieren, ob das jährliche Regionalbudget richtig eingesetzt wurde. 1989 ging ich zusammen mit zwei Kollegen für 16 Monate legal nach Holland, um dort meinen Master zu machen.

In dieser Zeit brachen in Cambella ethnische Unruhen aus. Die Armee richtete Massaker an, es kam zu mehreren hundert Toten. Meine beiden Kollegen sind dennoch zurückgekehrt, nach dem unsere Aufenthaltserlaubnis in Holland abgelaufen war. Sie wurden beide sofort nach Ankunft verhaftet. Der eine von ihnen hat seither fünf, der andere sechs Jahre im Gefängnis zugebracht. Da wollte ich es nicht mehr riskieren, nach Hause zu gehen. Weil ich aber in Holland nur unter der Bedingung studieren durfte, dass ich kein Asylgesuch stellen werde, bin ich in die Schweiz gekommen, um hier ein Gesuch zu stellen. Ich bin zwei Mal abgewiesen worden. Äthiopien ist ein Land mit ungefähr 75 Millionen Einwohnern und wird seit

mehr als vierzig Jahren von einem Unrechtsregime geführt. Bis 1991 herrschte dort eine Militärjunta, seither herrschen ethnisch geprägte Parteien. Obwohl der Äthiopische Staat auf dem Papier die Menschenrechte garantiert, gehört Äthiopien weltweit zu den unrühmlichen Spitzenreitern beim Verhaften von Journalisten. Mitglieder von Oppositionsparteien werden kollektiv verhaftet und eingesperrt.

Eine Reihe Familienclans

Die Politik der herrschenden Partei EPRDF (Ethiopian peoples revolutionary democratic front) provoziert ethnische Auseinandersetzungen zwischen Volksgruppen, die seit Jahrhunderten Seite an Seite leben. Die Regierung schreckt auch vor einer Massakrierung der eigenen Leute nicht zurück, wenn diese abweichende Ideen vertreten.

Beispiele für Verbrechen der Regierung sind das Massaker an Angehörigen des Anuak-Stammes (Südwest-Gambella), das 400 Tote forderte, die Massaker in der Region Sidama, die mehr Autonomie von der Zentralregierung verlangte, oder die 193 Toten, welche bei Unruhen in der Hauptstadt Addis Abeba im Anschluss an die Wahlen im Jahre 2005 zu beklagen waren, als Oppositionspolitiker 137 der 138 zu vergebenden Sitze erringen konnten und die Regierung

des Wahlsieg niederschlug. Die EPRDF ist keine eigentliche Regierung sondern eine Reihe von Familienclans, die sich gegenseitig verschiedene Posten zuschachern und so alle Bereiche der Verwaltung kontrollieren. In jedem Rechtsstaat gilt der Grundsatz der Gewaltenteilung in Legislative, Exekutive und Judikative. Nicht so in Äthiopien. Hier greifen die Staatsgewalten ineinander. Es gibt weder eine gegenseitige Kontrolle, noch einen gegenseitigen Ausgleich. Auch das Militär, die Polizei und die Geheimdienste sind von einer einzigen Ethnie dominiert. Sie dienen nicht dem Volk, sondern der regierenden Partei. Diese aber unterdrückt nicht nur die Menschen, die in Äthiopien leben, sondern setzt ihren diplomatischen Stab ein, um Informationen über Äthiopier zu sammeln, die im Ausland leben. Ein Land, wo vier Millionen Menschen jährlich Hunger leiden, setzt seine mageren Ressourcen ein, die Äthiopische Diaspora auszuspionieren!

Um die Wahrheit zu sprechen: Die Schweiz möchte mich um jeden Preis loshaben und ist daher bereit, mich in die Hände einer Sippe von Diktatoren zu liefern. Ich möchte an das Schweizer Volk appellieren, den Äthiopiern zu helfen, und mir eine Erlaubnis zu geben, hier zu bleiben, bis Äthiopien zur Ruhe kommt.»

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN:

BLEIBERECHT FÜR ALLE,
POSTFACH 1132,
8026 ZÜRICH
ALLE@BLEIBERECHT.CH

SPENDEN AN: PC 85-389307-8

REDAKTION:

BLEIBERECHT-KOLLEKTIV ZH

DRUCK:

EVERDT-DRUCK,
DEUTSCHLAND

AUFLAGE: 5000

«Ich bin ein Sans-Papiers ohne irgendwelche Rechte»

Siro Torresan. **Mahmout war Polizist im Irak. Eine schier unglaubliche Geschichte zwang ihn zur Flucht in die Schweiz. Hier hatte er eine Wohnung und eine Arbeit gefunden, verlor diese aber wegen den Verschärfungen des Asylgesetzes. Jetzt lebt er auf der Strasse.**

«Ich heisse Mahmout B., bin 34 Jahre alt und komme aus dem Irak. In meinem Heimatland habe ich neun Jahre lang als Polizist gearbeitet. Eines Tages war ich mit drei Kollegen und dem Kommandanten auf dem Polizeiposten. Zwei Brüder kamen vorbei. Einer von ihnen hatte eine Vorladung und sollte wegen dem Diebstahl einer Pistole verhaftet werden. Als der Beschuldigte verhaftet wurde, kam es zu einer handgreiflichen Auseinandersetzung. Der Bruder wurde dann zum Polizeiposten hinaus gebracht. Er nahm ein Taxi und fuhr davon. Während der Fahrt erlitt er einen Herzinfarkt und starb. Wir von der Polizei erfuhren das zwei Stunden später.

Seine Familie glaubte jedoch, dass er von der Polizei umgebracht worden sei. Es ist eine sehr einflussreiche Familie, die Beziehungen und Kontakte bis ganz nach oben hat. Die Familie startete eine Racheaktion. In drei Bussen kamen etwa 30 Personen und stürmten den Polizeiposten. Sie waren mit allem möglichen bewaffnet, hatten auch Gewehre und Pistolen. Der Kommandant wurde schwer verletzt. Ich wurde geschlagen und mir wurde ein Gewehr auf die Brust gerichtet. Doch andere Polizisten griffen ein und retteten mich. Nach dem Vorfall liess der Druck der Familie nicht nach. Der Geheimdienst schaltete sich ein. Die drei Kollegen, der Kommandant und ich wurden verhaftet und ins Gefängnis gesteckt. Zehn Tage später musste ich in ein anderes Gefängnis. Dort blieb ich weitere drei Monate bis zur Gerichtsverhandlung. Der Richter verurteilte mich wegen Mord zu einem Jahr Gefängnis. Es ist klar, dass er dieses Urteil fällte, weil auch er Angst vor Repressalien hatte. Wie gesagt, es ist eine sehr einflussreiche Familie...

Das Land verlassen, sofort!

Als ich nach einem Jahr wieder frei kam, bestanden die Morddrohungen weiterhin. Mir blieb nur die Flucht. Ich reiste schwarz in die Türkei ein. Versteckt in einem Lastwagen mit etwa zehn anderen Personen bin ich dann weiter Richtung Schweiz geflüchtet. Dafür musste ich 7'000 Dollar bezahlen. Am 22. Juli 2003 bin ich in Chiasso angekommen.

Ich habe einen Asylantrag gestellt und wurde in die Asylunterkunft in Zürich geschickt und bekam den N-Ausweis. Nach etwa einem Jahr wurde ich nach Dietikon versetzt. Ich fand einen Job in einem türkischen Gemüseladen und mietete mir eine Wohnung in Zürich. Im Jahr 2005 bekam ich den F-Ausweis. Doch per 1. Januar 2008 traten die weiteren Verschärfungen des Asylgesetzes in Kraft. Mitte 2008 bekam ich vom Bundesverwaltungsgericht den zwei-



ten negativen Entscheid. Ich verlor meinen Job und durfte keine Wohnung mehr mieten. Das Migrationsamt hat mich aufgefordert, das Land zu verlassen und in den Irak zurück zu kehren – sofort. Ich sagte, dass ich das nicht kann. «Das ist Ihr Problem und nicht unseres. Wenn Sie die Schweiz nicht verlassen, werden Sie von der Polizei verhaftet und in Ausschaffungshaft gebracht», war die Antwort.

Ich blieb trotzdem bis Ende September in der Wohnung, in ständiger Angst vor der Polizei. Aber was hätte ich sonst tun sollen? Ich konnte ja nirgends hin. Anfangs Oktober kam die Polizei. Ich war jedoch nicht zu Hause und sie fragten bei meinem Nachbarn nach. Er warnte mich und so ging ich nicht mehr in meine Wohnung zurück. Die Polizei ging zwei Tage später wieder vorbei. Das dritte Mal kam sie morgens um drei Uhr und schlug die Türe ein. Mein Nachbar hat mir das alles erzählt.

Menschenrechte?

Jetzt habe ich keine Wohnung, lebe auf der Strasse, schlafe mal da, mal dort; bei Freunden, die ein grosses Herz

für meine Situation haben. Ich bin ein Sans-Papiers ohne irgendwelche Rechte. Wo soll ich hingehen? Selbst bei der Nothilfe riskiere ich, dass ich der Polizei gemeldet werde und in Ausschaffungshaft gesteckt werde.

Ich möchte wieder eine Chance bekommen, wie ein Mensch zu leben, Papiere bekommen und einer Arbeit nachgehen können. So wie ich es getan habe, bevor ich den Negativentscheid bekommen haben. Ich beteilige mich an der Kirchenbesetzung, damit die Menschen hier Papiere bekommen und nicht einfach zurückgeschickt werden. Wir alle hier teilen das gleiche Schicksal. In der Schweiz gibt es viele Flüchtlinge aus dem Irak. Einige haben nach dem Negativentscheid Selbstmord begangen. Andere sitzen im Gefängnis, ohne je etwas getan zu haben, nur weil sie einen negativen Entscheid bekommen haben. Wir können nicht in den Irak ausgeschafft werden. Wenn ich zurück muss, werde ich ermordet werden. Man sagt, dass in der Schweiz die Menschenrechte gelten, aber wo sind sie für mich, für meine Landsleute und alle jene, die in der gleicher Situation sind wie ich?»

Mein Heimatland Nigeria

Francis. **Der Grund warum ich meine Heimat verlassen habe, war nicht Hunger oder Armut. Nigeria könnte das reichste Land in Afrika sein. Doch Nigeria ist heute das drittärmste Land in Afrika – die Misswirtschaften mit den Ressourcen führte dazu. Geschrieben in der Predigerkirche in Zürich am 29. Dezember 2008.**

Gott segne Nigeria, sodass die Ressourcen (Öl und andere natürliche Bodenschätze) die ganze Welt ernähren können. Aber die Weisheit ist abhanden gekommen. Menschen aus Malaysia kamen vor Jahren nach Nigeria und nahmen Samen von Palmen in ihr Land zurück. Heute produziert Malaysia viel Palmöl und hat so eine stabile Wirtschaft. Doch in Nigeria hat die Regierung diese Möglichkeit vertan. Die Regierung hat sich nur auf das Erdöl gestützt.

Der heutige Export von Erdöl könnte das ganze Land ernähren. Doch die Politiker und die so genannten Leaders haben das Geld veruntreut und unter sich aufgeteilt. Sie kümmern sich nicht um die Bevölkerung. Alle acht Jahre wird eine neue Regierung gewählt. Mit leeren Versprechungen ändern sich nichts. Ich verliess mein Land im Jahr 2003. Als ein egoistischer Gouverneur (Achike Udenwa) von meinem Bundesstaat die Tötung von siebzig Mitgliedern der

Massob-Partei anordnete. Die Mitglieder kämpften für Befreiung von Biafra.

Strikte nach dem Gesetz

Ein Problem des Kantons Zürich ist, dass Asylbewerber, welche ihre Lebensgeschichte erzählen, nicht ernst genommen werden. Die Behörden wollen nicht die Lebensgeschichte anhören, sondern bewerten das Land – ob arm oder reich – und Person. Sie zeigen nie Anteilnahme sondern gehen strikte nach ihren Gesetzen vor. Ich glaube, dass Gerechtigkeit mit Gnade erreicht werden kann. Die Asylbewerber hier haben gute Vorsätze. Aber die schwierige Situation hat ihr Leben geändert. Einige wurden Drogendealer, weil sie frustriert, verwirrt und zurückgewiesen wurden. Ich habe mein Land verlassen, weil es eine Nation ist, welche Menschen nicht schätzte. Die Führer wollen nur ganz an die Spitze kommen und sich selber bereichern.

Die Unmenschlichkeit ist sehr gross. Anstatt die Jugend zu fördern, missbrauchen sie die jungen Menschen als Mittel, um politische Gegner zu töten und Verwirrung im Land. Mit importierten Waffen versuchen sie beispielsweise im Niger-Delta die jungen Menschen zum Krieg anzustiften.

Das sind die Probleme, die auf mich zukommen würden, wenn ich zurück in mein Heimatland gehen würde. Ich möchte meiner Sicherheit wegen hier in der Schweiz bleiben. Ich bitte die Schweizer Behörden, mir eine zweite Chance zu geben. Wir möchten uns wirklich integrieren. Seit ich in der Schweiz bin, bin ich krank und habe keine medizinische Hilfe erhalten. Die Schweiz ist bekannt als ein Land des Friedens, der Liebe und der Menschlichkeit. Ein Land, das seinen guten Ruf nie verloren hat. Es wäre sehr schmerzhaft, wenn der Ruf der Schweiz in der ganzen Welt schlecht würde.

Vernunft

Die Besetzung der Predigerkirche durch eine Gruppe von AktivistInnen sowie Flüchtlingen aus Afrika, Asien und dem Mittleren Osten ist eine weitere Manifestation einer weltweiten Bewegung für mehr Menschlichkeit.

Diese Bewegung strebt nach einer gerechten und besseren Welt: Für den vernünftigen Gebrauch der natürlichen Ressourcen, für besseren Umgang mit den Menschen und ihrem Potential und für Transparenz in der Weltwirtschaft und ihren Strukturen.

Die zentrale Auseinandersetzung des 21. Jahrhunderts wird sich darum drehen, ein Gleichgewicht zwischen freiem und fairem Handel, sowie aufrichtiger internationaler Zusammenarbeit zu finden.

Im Moment gibt die Schweiz Unsummen aus, um abgewiesene Asylsuchende aus Ländern wie Sierra Leone, Kongo, dem Sudan oder Liberia einzusperren und auszuschaffen. Im Kanton Zürich ist es Standard, dass abgewiesene Asylsuchende bei illegalem Aufenthalt insgesamt 18 Monate ins Gefängnis müssen. Sie sehen sich zudem mit dem Risiko einer Zwangsauslieferung in ihr Heimatland konfrontiert.

Anstatt dass die Schweiz und die EU Millionen für die Entwicklung von Waffen und das Einsperren von afrikanischen Asylsuchenden ausgeben würden, könnten sie das Geld in Entwicklungszusammenarbeit und die Schaffung von Arbeitsplätzen auf dem Kontinent investieren.

Zwangsauslieferungen, Migros-Gutscheine als einziges Einkommen und der Zwang, alle sieben Tage in ein neues Durchgangszentrum umziehen zu müssen, sind allesamt barbarische und unmenschliche Systeme. Systeme, die zudem die so genannt «illegale Einwanderung» in die Schweiz und die EU nicht stoppen können.

Die Schweiz sollte menschliche und vernünftige Wege finden, um mit Immigranten und den daraus resultierenden Schwierigkeiten umzugehen, indem sie...:

- den Aufenthaltsstatus von allen Asylsuchenden und Flüchtlingen normalisiert.

- ... eine nationale Strategie für den Umgang mit Einwanderung und die Integration entwickelt.

- die Beteiligung von Asylsuchenden an der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in der Schweiz ermutigt.

- eine schnelle wirtschaftliche Entwicklung in Afrika anregt, sowie zur Restrukturierung der bestehenden Strukturen und Mechanismen in der Weltwirtschaft beiträgt.

- allen Arten von Diskriminierung und Erniedrigung entgegen tritt.

Forderungen

Die betroffenen Sans-Papiers sind nun nicht mehr länger bereit, die Haltung der Behörden und der Zürcher Regierung stillschweigend zu akzeptieren. Anscheinend gilt für den Kanton Zürich das Schweizer Recht nicht: Wie kommt es, dass der Kanton Zürich unterdessen der einzige Kanton ist, wo so gut wie keine Härtefallgesuche behandelt werden? Wie kommt es, dass eine Behörde uns zwingt, strafbare Handlungen zu begehen und uns so zu Kriminellen stigmatisiert? Viele von uns Sans-Papiers, welche in den Notunterkünften leben, müssen wöchentlich einmal auf dem Migrationsamt erscheinen, wo wir eine neue Unterkunft zugeteilt bekommen.

Die Nothilfe wird jedoch in Form von Migros-Gutscheinen ausbezahlt und uns bleibt nichts anderes übrig, als schwarz zu fahren!

Mit der Kirchenbesetzung wollen die Sans-Papiers und andere solidarische Personen auf die unerträgliche Situation aufmerksam machen und auf ihre Rechte zu pochen. Insbesondere fordern wir:

1. Humane und unbürokratische Umsetzung der gesetzlich verankerten Härtefallregelung!

2. Papiere für alle! - Schluss mit der Kriminalisierung und Inhaftierung von Sans-Papiers!

3. Aufhebung des Arbeitsverbotes - Arbeit statt Nothilfe!

Personen, die diese Anliegen unterstützen möchten, sind herzlich eingeladen, sich an der Besetzung zu beteiligen: Einfach mit einem Schlafsack bei der Predigerkirche Zürich einfinden.

Die Courage wird nie besiegt

Felipe Polania. **Sie wurden verfolgt, vertrieben und kamen um Herberge zu finden. Ihnen wollte man die Hoffnung rauben, um damit die Dunkelheit auf Erden zu verewigen. Aber Menschenliebe ist immer stärker und die Macht der Gierigen stets besiegtbar.**



Sie sind die Flüchtlinge, die seit dem 19. Dezember die Predigerkirche besetzt halten – aber sie sind auch die Familie Jesu, die vor zweitausend Jahren auswandern musste. Die einen wie die anderen, wurden ständig von den Machtgierigen beschimpft, sie wurden allein gelassen, sie wurden mit Terror und Gewalt bedroht und verfolgt. Aber Menschenliebe ist immer stärker gewesen. Und die Mächtigen waren und werden immer besiegtbar sein.

Die Tradition der abendländischen Kultur propagiert die Geschichte Jesu als Meilenstein der Gesellschaft. Sie – mindestens diejenigen, die herrschen – haben diese wertvolle Tradition immer in den Schatten gesetzt, sie haben sie ignoriert, verraten, verachtet. Sie haben einen wunderbar doppelmoralischen Diskurs aufgebaut. Während sie zu einer so genannten christlichen Partei gehören, rauben sie den Menschen die Hoffnung und missachten die Menschenrechte. Es lebe Zwingli!

Hoffnung

Am 19. Dezember, gegen 13.00 Uhr kamen mehr als 150 Personen in der Predigerkirche an und erklärten sie für besetzt, drei zentrale Forderungen liegen der Aktion zugrunde: Eine menschliche Umsetzung der Härtefall-

Verfahren für abgewiesene AsylbewerberInnen, eine Regularisierung des Aufenthaltsstatus für alle, die hier in der Schweiz wohnen und arbeiten, sowie die Aufhebung des Arbeitsverbots für abgewiesene Asylbewerber.

Die Mehrheit der BesetzerInnen sind direkt betroffene Personen. Leute, deren Asylantrag abgelehnt wurde, und die in den Nothilfezentren des Kantons Zürich, isoliert, total gedemütigt und allein gelassen leben müssen. Sie müssen mit 60 Franken in Form von Migros-Gutscheinen pro Woche auskommen. Viele werden jede Woche von einer Unterkunft in eine andere verlegt, sie bekommen keine rechtsgültigen Ausweise und können in jedem Moment verhaftet werden, bis zu dem Tag, an dem man sie endgültig ausschafft.

Diese Menschen sind Opfer einer grauenhaften Politik. Einer Politik, die ständig als Wille des Schweizer Volks dargestellt und als unveränderbar betrachtet wird. Ist es aber Wunsch der schweizerischen Gesellschaft, sich als Reich der Dunkelheit zu verewigen? Das wollen sicher nur die Machtgierigen. Sie sind aber genau diejenigen, die viel Geld haben um eine rassistische Politik zu betreiben. Sie sind genau diejenigen, die sich durch Manipulation und Lügen an der Macht festhalten.

Da aber die Hoffnung nie aufgegeben wird, gibt es unter den BesetzerInnen, Personen, deren Aufenthalt gesetzlich geregelt ist, entweder weil sie die schweizerische Bürgerschaft oder eine regulierte Aufenthaltbewilligung haben. Das sind Menschen, die sich in ihrer moralischen und politischen Einstellung von dieser abscheulichen Politik betroffen fühlen, und sich konsequenterweise an einer Aktion beteiligen, um die Situation zu verändern.

Da aber die Hoffnung nie aufgegeben wird, sind zahlreiche solidarische Taten zu spüren gewesen. Viele warme Hände haben die Hände der Flüchtlinge gedrückt, viele ermutigende Worte sind ihnen zugetragen worden. Da die Hoffnung nie aufgegeben wird, wird die Besetzung immer stärker.

Licht im Dunkeln

Bis wann wird die Besetzung dauern? Das haben die Medien ständig gefragt, das fragt auch die Kirche, das fragen sich alle.. Aber ist das nicht die falsche Frage? Warum wird man nicht gefragt, bis wann die schweizerische Gesellschaft diese menschenfeindliche Praxis im Asylbereich im Kanton Zürich weiter tolerieren will? Wie lange wollen sie alle noch wegschauen? Die Beendigung der Besetzung ist eng verknüpft mit der Erfüllung der Forderungen. Es gibt Forderungen, die auf Bundesebene zu regeln sind, aber es gibt auch konkrete Schritte, die vom Willen des Zürcher Regierungsrats Hollenstein (CVP) abhängen. Konkrete Schritte, die ihm laut Gesetz erlaubt sind, und die nach seiner christlichen Bekenntnis obligatorisch wären.

Er will aber trotzdem nichts unternehmen. Die rassistischen Diskurse und die Propaganda der Rechtsextremen haben die Gesellschaft so vergiftet, dass es ein allgemeiner Glaube geworden ist, zu meinen, dass, wer in der Schweiz WählerInnen haben will, eine fremdenfeindliche Politik betreiben muss. Hier in der Schweiz ist ein Dogma konstruiert worden. Das Dogma, dass Menschen, deren Urgrosseltern nicht in den helvetischen Alpen geboren worden sind, keinen Anspruch darauf haben, sich an dieser Gesellschaft zu beteiligen. Unsere Wasserquellen in den Bergen können Coca Cola gehören, aber unser Geist wird immer rein schweizerisch bleiben! Es lebe Calvin!

Hier in der Predigerkirche findet eine grosszügige und mutige Liebeserklärung zur schweizerischen Gesellschaft statt. Hier in der Predigerkirche will eine Gruppe von stark Benachteiligten zusammen mit politisch und moralisch konsequenten Menschen Hoffnung in die Gesellschaft bringen. Sie bringen, obwohl sie kein Geld haben, einen Lichtstrahl in dieses Herz der Dunkelheit, und sie machen es nur der Menschheit zuliebe. Die Predigerkirche kann irgendwann geräumt werden, aber die Courage, an die Menschheit zu glauben, diese Courage, die die BesetzerInnen gezeigt haben, wird nie geschlagen!

Mitmachen!

- Die Bleiberechtskampagne interessiert mich. Bitte schickt mir unverbindlich die nächste Ausgabe von bleiberecht.ch zu.
- Ich möchte mich aktiv beteiligen. Nehmt Kontakt mit mir auf. (Telefonnummer nicht vergessen!)
- Ich möchte die Bleiberechtskampagne finanziell unterstützen. Schickt mir einen Einzahlungsschein.

Vorname, Name _____

Adresse _____

PLZ, Ort _____

Email _____

Telefon _____

Talon ausschneiden und einsenden an: Bleiberecht für alle, Postfach 1132, 8026 Zürich